

Trotz Befangenheit segnete Ortschef die Agrarbilanz ab

Sellrainer Bürgermeister und Agrarvize akzeptierte, dass alle Rücklagen bei der Agrargemeinschaft bleiben. Bürgerklub fordert sachliche Lösungen.

Von Peter Nindler und Miriam Sulaiman

Innsbruck – Einmal mehr dürften die Agrargemeinschaften heute Thema in der Landesregierung sein. „So kann es nicht weitergehen, wir müssen die Causa beenden und nicht wieder bis zu den Landtagswahlen warten“, fordert SP-Chef LHStv. Hannes Gschwentner. Denn immer mehr Gemeindevertreter, die auch in den Agrargemeinschaften verankert sind, geraten ins Blickfeld. So auch der Sellrainer Bürgermeister Norbert Jordan (VP).

Jordan ist gleichzeitig Obmannstellvertreter der Agrar-gemeinschaft. Laut Agrarbehörde ging diese aus Gemeindegut hervor. Wegen Jordans Befangenheit wurde Vizebürgermeister Georg Dornauer (SP) am 17. Februar vom Gemeinderat mit den kommunalen Agraragenden betraut. Das wollte Jordan nicht akzeptieren, doch die Gemeindeabteilung im Land bestätigte am 4. April die Befangenheit des Ortschefs.

Doch das war BM Norbert Jordan egal. Am 22. März unterfertigte er im Namen der Gemeinde den Rechnungsabschluss 2010 der Agrargemeinschaft Sellrain. Jordan, der bis vor sechs Jahren Landwirt war, akzeptierte damit wohlwollend, dass 83.000 Euro an die Agrarmitglieder verteilt wurden und die gesamten Rücklagen bei der Agrargemeinschaft verbleiben.

„So kann es wohl nicht sein“, kritisiert Dornauer. „Das Land muss endlich die Schlupflöcher im Gesetz schließen und den Gemeinden helfen.“ Jordan hingegen fühlt sich nach wie vor als Vertreter der Gemeinde in der Agrargemeinschaft. „In dieser Funktion bin ich zum Obmannstellvertreter gewählt worden.“ Er habe sehr wohl die Interessen der Gemeinde vertreten. Auch bei den Rücklagen? „Es steht ja noch gar nicht fest, dass die Agrar aus Gemeindegut entstanden ist.“

Verunsicherung und Unruhe – das diagnostiziert der Bürgerklub derzeit bei den Bürgermeistern in der Causa Agrargemeinschaften. Klubchef LA Fritz Gurgiser will nun keineswegs „als Hebamme den Bürgermeistern Händchen halten“. Weil die Gemeindeabteilung des Landes aber säumig sei, übermittelt er allen Bürgermeistern, die sich mit Gemeindegutsagrargemeinschaften auseinandersetzen müssen, ein „Einmaleins“ zur Umsetzung der Agrar- thematik für Gemeinden.

Gurgiser appelliert an die Vernunft aller, dass die Gelder „nicht im Paragraphenrauch“ aufgehen. Bisher hätten der Rechtsstreit und die Rechtsberatung nämlich schon 100.000 gefällte Bäume gekostet. „Bis zum Jahr 5500 n.Chr. könnte man damit jeder europäischen Hauptstadt einen Christbaum zur Verfügung stellen“, betont Gurgiser.

Die konkreten Schritte erläutert LA Thomas Schnitzer. Die Gemeinden sollten sich mit den Unterlagen auseinandersetzen und selber ausrechnen, was ihnen zusteht, um so mit Belegen alles beweisen zu können. Die Qualitäts- und Umsetzungsstandards müssten jedoch vom Land kommen. Einen entsprechenden Antrag erwartet sich der Bürgerklub von der ÖVP.

VP-Klubchef Josef Geisler weiß davon nichts: „Für die Herren ist es immer einfach, ein Rezept aufzuschreiben. Wir haben aber gesagt, dass man sich jeden Fall einzeln anschauen muss und sich die Gemeinden beim Land melden sollen.“ Richtlinien gebe es zudem bereits. Konstruktiven Vorschlägen stehe er aber immer positiv gegenüber.

Geisler streicht zudem positiv herauf, dass es laufend zunehmend mehr Einigungen in der Causa: „Und das, obwohl es inzwischen mehr Rechtsmeinungen als Juristen gibt.“